

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion der CDU

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
- Drucksache 8/813 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 8/600 -

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushalts-
gesetz 2022/2023)**

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 8/598 -

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes
Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung**

hier: **Einzelplan 13**
**Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Kultur,
Bundes- und Europaangelegenheiten**

Der Landtag möge beschließen:

1. In Kapitel 1306 Landeszentrale für politische Bildung
Titel 428.01 Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

wird der Ansatz für das Jahr 2022

von	1 368,9 TEUR
um	211,5 TEUR
auf	1 580,4 TEUR

und für das Jahr 2023

von	1 379,1 TEUR
um	217,3 TEUR
auf	1 596,4 TEUR

zur Ausbringung einer Stelle der Entgeltgruppe E13 sowie zwei Stellen der Entgeltgruppe E9b erhöht.

2. Zur Deckung der Mehrausgaben wird der Haushaltsansatz in

Einzelplan 11	Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1108	Verstärkungsmittel
Titel 461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben

für die Jahre 2022 und 2023 in der entsprechenden Höhe abgesenkt.

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Das Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland in Schwerin und das Stasi-Dokumentationszentrum in Rostock zeigen eindrucksvoll das politische Unrecht und staatliche Verfolgung im 20. Jahrhundert. Umso wichtiger ist es, diese Arbeit zu unterstützen und personell hochwertig auszustatten. Die Erhöhung des Titelansatzes soll die Arbeit der Dokumentationszentren mit zusätzlich einer E13-Stelle sowie zwei E9b-Stellen unterstützen.